
Preisentwicklung, Steuerprogression und Lohnpolitik¹

Ewald Nowotny

(1) Die Frage, welches Ausmaß und welche Form Lohnerhöhungen annehmen müssen, um eine „korrekte“ Abgeltung von Preissteigerungen zu gewährleisten, ist von offensichtlicher zentraler wirtschaftspolitischer Bedeutung. Neben Fragen welche Preissteigerungen als „lohn-relevant“ zu sehen sind, ob die Abgeltung für alle Einkommensgruppen in gleicher Form oder differenziert erfolgen solle ist insbesondere auch die Frage von Bedeutung, wieweit steuerliche Effekte im Rahmen der „Inflationsabgeltung“ Berücksichtigung finden sollten.

Von besonderer Bedeutung sind hier die Effekte eines progressiven Lohn- und Einkommensteuersystems. Denn während bei einer proportionalen Einkommensteuer die prozentmäßige Erhöhung, die erforderlich ist, um die Netto-Realeinkommen konstant zu halten gleich ist der Inflationsrate, ist dies bei einem progressiven Steuersystem nicht der Fall. Sowohl durch Wirkungen über die Gestaltung der Bemessungsgrundlage (insbesondere in bezug auf Steuerfrei- und Absetzbeträge)² als auch durch die Gestaltung des Tarifes werden in diesem System Grenzsteuersätze und Durchschnittssteuersätze voneinander abweichen. Insbesondere wenn in einem solchen System der Steuerpflichtige durch eine Abgeltung in der Höhe der Inflationsrate in die Zone eines höheren Grenzsteuersatzes gelangt, wird der resultierende Netto-Einkommenszuwachs unter der abzugeltenden Inflationsrate verbleiben. Diese Problematik hat in Staaten mit einem ausgeprägt progressiven Steuersystem, wie dies etwa für die skandinavischen Länder und die USA gilt, insbesondere unter dem Eindruck höherer Inflationsraten erhebliche Aufmerksamkeit gefunden³. Auch in der österreichischen Diskussion gewinnt dieser Aspekt an Bedeutung, in der Regel freilich ohne daß genauere quantitative Anhaltspunkte über die Größenordnungen dieses „Steuer-Effektes“ vorliegen. Im folgenden sollen daher

an Hand einer einfachen Formel Anhaltspunkte hinsichtlich der involvierten Größenordnungen abgeleitet werden.

(2) Es seien E das ursprüngliche Einkommen eines Steuerpflichtigen, $\Delta p/p$ der prozentuelle Preisanstieg, der abgegolten werden soll, t_1 der Durchschnittssteuersatz bei E , t_m der Grenzsteuersatz. Um die Netto-Einkommen real konstant zu halten, muß gelten

$$\Delta E(1-t_m) = E(1-t_1) \cdot \Delta p/p$$

Daraus folgt:

$$\frac{\Delta E}{E} = \frac{\Delta p}{p} \cdot \frac{(1-t_1)}{(1-t_m)}$$

Die nachstehende Tabelle 1 enthält quantitative Illustrationen für die Zusammenhänge in der Dynamik von Lohnsteigerung, Preisentwicklung und Einkommensteuersystem (charakterisiert durch Grenz- und Durchschnittssteuersätze), wobei die angeführten Kombinationen K von Grenz- und Durchschnittssteuersätzen in etwa dem österreichischen Einkommensteuertarif entsprechen.

Tabelle 1

**Zusammenhänge von prozentueller Einkommenssteigerung ($\dot{E}$)
Preisentwicklung ($\dot{p}$) und verschiedenen Kombinationen K
von Durchschnitts- und Grenzsteuersätzen**

Preissteigerungsrate	$\dot{E}$ im Falle von			
	K_1	K_2	K_3	K_4
5%	6	7	8	8
7%	9	10	11	12
10%	13	14	16	17

(3) Die in Tabelle 1 enthaltenen Ergebnisse zeigen, daß in jedem Fall aus der Wirkung eines progressiven Steuersystems heraus eine über der Inflationsrate liegende Einkommensabgeltung erforderlich ist, wenn es gilt die Netto-Realeinkommen konstant zu halten: Bei Einkommen, die den österreichischen Durchschnittseinkommen entsprechen (zwischen K_2 und K_3), würde etwa bereits eine Preissteigerungsrate von 5 Prozent Nominaleinkommenszuwächse zwischen 7 und 8 Prozent erfordern. Steigende Inflationsraten erfordern dabei eine etwa proportional höhere Dynamik.

Verwendete Kombinationen K von Durchschnitts- und Grenzsteuersätzen

	Durchschnitts- steuersatz (t_1) ¹	Grenzsteuer- satz (t_m)	entspricht ungefähr einem Jahresbrutto- einkommen von S
K ₁	7%	28%	90.000
K ₂	12%	38%	150.000
K ₃	19%	48%	270.000
K ₄	30%	58%	550.000

1 Lohnsteuer nach Einkommensstufen 1977 in Prozent des Jahresbruttoeinkommens eines Angestellten bei Zugrundelegung von 6,5% steuerfreier Bezüge, 14 Monatsgehältern, kein Alleinverdiener (Kitzmantel, 1979, S. 48).

Die nach Formel (1) berechneten Werte der Tabelle 1 können natürlich nur als erste, grobe Indikatoren des eingebauten inflationären „Selbstverstärkungspotentials“ eines progressiven Steuersystems dienen. In einem realen Inflationsprozeß wirken „Steuer-Lohn-Spirale“ und „Preis-Lohn-Spirale“ mit zeitlichen Verzögerungen von komplexer Struktur aufeinander ein. Im Anhang dieses Artikels wird ein entsprechendes dynamisches Modell entwickelt, welches über die oben dargestellten definitorischen Zusammenhänge hinaus den Einfluß bestimmter Verhaltensannahmen in bezug auf Festsetzung der Löhne zeigt, für die als Kontrakteinkommen die geschilderten Zusammenhänge ja von spezieller Bedeutung sind. Es zeigt sich dabei, daß es bei einem progressiven Steuersystem bei vollständiger und sofortiger Anpassung der Löhne an den kombinierten Inflation-Steuereffekt zu akzelerierenden inflatorischen Prozessen kommen kann. Stellt man dagegen auf ein verzögertes Anpassungsverhalten ab, wird eine Strategie, die Nettoealohnzuwächse in Höhe des Produktivitätsfortschritts anstrebt, zu einem nur vorübergehenden „induzierten“ Anstieg der Inflationsrate führen.

(4) Hinsichtlich der wirtschaftstheoretischen Schlußfolgerungen geben diese kurzen Anmerkungen einen – weiteren – Hinweis darauf, daß Änderungen des Preisniveaus nicht als „neutral“ in bezug auf die realwirtschaftliche Entwicklung gesehen werden können. Die Existenz eines progressiven Steuersystems wird vielmehr bewirken, daß Preissteigerungen auch die realen Beziehungen in bezug auf Distribution und Allokation verändern, wobei Ausmaß und Form der entsprechenden Effekte von der jeweiligen Art der Inflationskompensation abhängen⁴. Generell gilt, daß es problematisch erscheint, die distributiven und allokativen Auswirkungen von Preissteigerungen zu analysieren, ohne explizit auch den Einfluß des Steuersystems zu berücksichtigen⁵.

(5) Auf wirtschaftspolitische Schlußfolgerungen, die ja auf jeden Fall auch die Seite der öffentlichen Ausgaben miteinbeziehen müßten, soll an dieser Stelle nicht im einzelnen eingegangen werden. Insbesondere sind die angeführten Modell-Rechnungen selbstverständlich nicht als lohnpolitische „Leitlinie“ zu sehen, da konkrete lohnpolitische Überlegungen ja von wesentlich umfassenderen Betrachtungen, die u. a. auch die außenwirtschaftliche und konjunkturpolitische Komponente einbeziehen, auszugehen haben. Nur zwei speziell deutlich werdende Aspekte seien hervorgehoben: Die gewaltige Dynamik einer Preis-Lohn-Spirale bei höheren Inflationsraten und ausgeprägt progressivem Steuersystem läßt die große wirtschaftspolitische Bedeutung einer Politik der Preisstabilität erkennen, da ein Zurückschrauben einer einmal eingesetzten Preisdynamik auf Grund der dargestellten Mechanismen offensichtlich überaus schwierig und damit langwierig ist⁶.

Zum zweiten wird die Bedeutung auch der direkten Besteuerung als (indirekter Lohn-)Kostenfaktor deutlich, eine Bedeutung, die bisher gegenüber den Nachfrageeffekten der Besteuerung vielfach zu wenig berücksichtigt worden sein dürfte⁷.

Dieser „Kosteneffekt“ der direkten Besteuerung ergibt sich, wenn von einer zumindest tendenziellen Überwälzung auch der direkten Steuern auszugehen ist. Hinsichtlich der Gewinnbesteuerung besteht heute im Rahmen der Finanzwissenschaft weitgehende Übereinstimmung, daß unter den empirisch dominierenden oligopolistischen Marktverhältnissen und Preissetzung nach Vollkostenprinzip⁸ jedenfalls mittelfristig von einer tendenziellen Steuerüberwälzung ausgegangen werden kann (Mieszkowski, 1969; Recktenwald, 1971).

Aber auch hinsichtlich der Lohnsteuer, insbesondere von expliziten oder impliziten Erhöhungen der Lohnsteuer, ist dann von Überwälzungstendenzen zu sprechen, wenn in Lohn- und Tarifverhandlungen auf Netto-Reallohnzuwächse abgestellt wird. Ein solcher Trend ist international feststellbar (OECD 1976) und dürfte sich auch für Österreich aus manchen Indizien ableiten lassen⁹. Hinsichtlich der Besteuerungswirkung würde dies eine zumindest partielle Überwälzbarkeit der Lohnsteuer implizieren.

Eine volle Überwälzung ist dagegen nicht anzunehmen, da dies voraussetzen würde, daß die Lohnpolitik auf das, wie vorher gezeigt, nach Einkommenshöhe unterschiedliche Ausmaß der „kalten Progression“ abstellt. Dies wird in der Regel aber nicht der Fall sein (H. G. Petersen, 1977). Darüber hinaus ist zu beachten, daß für die Netto-Realeinkommensentwicklung ja letztlich nicht die Tarif-, sondern die Effektivlohnentwicklung ausschlaggebend ist, wobei das Ausmaß der Lohndrift im Konjunkturverlauf und auch zwischen verschiedenen Einkommensgruppen schwankt. Jedenfalls aber würde bereits eine auch nur partielle und in bezug auf Senkungen und Erhöhungen annähernd symmetrische Überwälzungstendenz der Lohnsteuer bedeuten, daß die Wirkung einer Lohnsteuersenkung analytisch etwa gleichzusetzen wäre einer Lohnsubvention an die Unternehmungen. In beiden Fällen würde ein Teil des Zuwachses der Netto-Gehaltssumme

vom öffentlichen Sektor „getragen“¹⁰. Dieser Aspekt bekommt besondere Bedeutung durch das dynamische Element, das, wie gezeigt, von einem deutlich progressiven Steuerverlauf ausgeht.

Wie generell bei Fragen der Steuerüberwälzung, ist freilich auch hier zu berücksichtigen, daß ein partialanalytischer Ansatz nicht ausreichen kann, um die gesamtwirtschaftlichen Effekte voll zu erfassen, die insbesondere auch von der Finanzierungsseite einer Lohnsteuersenkung bestimmt werden, wobei etwa diese Effekte sehr unterschiedlich sein werden, je nachdem ob die Finanzierung über Ausgabensenkungen, Erhöhungen anderer Steuern oder höhere öffentliche Verschuldung erfolgt.

(6) Um dieses dynamische Element einer „tax-push-inflation“ zu kompensieren oder zumindest zu neutralisieren wird von manchen Seiten eine Indexierung des Einkommensteuersystems vorgeschlagen (Giersch 1974; Meade-Report, 1978), die bei korrekter Durchführung sowohl die Bemessungsgrundlage, wie den Tarif umfassen müßte. Eine Indexierung nur eines – wenn auch bedeutenden – Teilbereiches des Wirtschaftsgeschehens würde freilich zu schwerwiegenden Verzerrungen gegenüber den nicht-indexierten Wirtschaftsbereichen führen (Hamada, 1979). Eine umfassende Indexierung dagegen ist schon administrativ und kostenmäßig kaum denkbar und wäre wohl auch hinsichtlich ihrer stabilitätspolitischen Effekte nicht unbedenklich.

Denn es darf ja nicht übersehen werden, daß längere Perioden von Preissteigerungen auch eine psychologisch-verhaltensmäßige Eigendynamik entwickeln, die auch bei umfassender Indexierung über längere Perioden nachwirken und damit eine Rückkehr zu „vor-inflationären“ Verhaltensweisen erschweren würden. Dies könnte dann dazu führen, daß Volkswirtschaften mit ausgebauten Indexregelungen stärker „inflation-anfällig“ sind als solche, die auf diskretionäre Anpassungen abstellen.

Dies gilt nicht nur, weil eine Indexierung in der Regel den Einsatz von, wie im Anhang gezeigt, oft entscheidenden, Anpassungsverzögerungen als „wirtschaftspolitischem Notventil“ erschweren und generell das Entstehen einer „Inflationsmentalität“ begünstigen könnte. Bedeutender noch könnten die Wirkungen sein hinsichtlich institutioneller Verhandlungsprozesse, insbesondere auf den strategischen Gebieten der Einkommens- und Steuerpolitik: Organisationen mit freiwilliger Mitgliedschaft, bzw. erforderlicher Wählerlegitimation wie politische Parteien, Gewerkschaften etc. benötigen Verhandlungserfolge, um die Loyalität ihrer Mitglieder, bzw. Wähler zu sichern. Eine Indexierung von Löhnen, Steuern etc. würde nun das Feld solcher Verhandlungen wesentlich einengen, da sie sich nun nur auf reale Änderungen beziehen können, während ein wesentlicher Teil der Endergebnisse durch die Indexierung schon quasi automatisch vorgegeben wäre. Das Ergebnis der Verhandlungsprozesse und die Bedeutung der Verhandlungsführung wird damit wesentlich weniger „eindrucksvoll“ erscheinen. Das könnte Verhandler, insbesondere in kompetitiven Situationen, dazu führen, reale Ergebnisse in bezug auf Steuersenkungen, Lohnerhö-

hungen etc. anzustreben, die höher sind als es sich ohne Indexierung ergeben hätte¹. Selbstverständlich wird die Bedeutung dieser Problematik wesentlich anhängen vom Grad der Geldillusion, von den institutionellen Gegebenheiten etc. Jedenfalls dürfte hier aber ein wesentlicher Grund liegen für die Skepsis der Wirtschaftspolitik, gegenüber den insbesondere von neo-klassischen Theoretikern vielfach vorgebrachten Indexierungs-Vorschlägen.

Es wird daher sinnvoll sein, nach anderen Wegen zu suchen. Hinsichtlich der speziellen steuerpolitischen Problematik würde, wie in den angeführten Beispielen gezeigt, eine über ad hoc-Änderungen hinausgehende Reduzierung der „Inflations-Sensibilität“ des Einkommensteuer-Systems insbesondere eine Verringerung der Differenz zwischen Durchschnitts- und Grenzsteuersätzen erfordern. Dies wäre erreichbar durch eine Ausweitung der Bemessungsgrundlage bei Reduzierung – „Proportionalisierung“ – der Tarife. Wie von mir an anderer Stelle gezeigt (Nowotny 1979), ließe eine solche Entwicklung eine Vielzahl steuerpsychologischer und insbesondere allokativer Vorteile erwarten. Die Überlegungen der vorliegenden Studie zeigen nun, daß eine solche Entwicklung in Richtung einer „umfassenden Einkommenbesteuerung“ auch erhebliche stabilitätspolitische Vorteile, gerade hinsichtlich des zentralen Bereiches der Einkommenspolitik mit sich bringen könnte.

Anmerkungen

- 1 Eine erste Fassung der in dieser Studie enthaltenen Überlegungen wurde vor dem Wirtschaftswissenschaftlichen Staff-Seminar an der Wirtschaftsuniversität Wien vorgetragen und in den Arbeitsheften der WU-Wien, Reihe Volkswirtschaft Nr. 23 veröffentlicht. Den Seminarteilnehmern bin ich für wertvolle Kritik zu Dank verpflichtet.
- 2 Es sei darauf hingewiesen, daß durch die Einengung der Bemessungsgrundlage durch Steuerfreibeträge etc. auch bei linearem (Proportional-)Tarif ein Progressionseffekt im Sinne steigender Durchschnittssteuersätze bei steigendem Einkommen entsteht.
- 3 Siehe dazu u. a. die Beiträge von R. A. Musgrave (1976 und 1979), wobei in den in diesen Beiträgen abgeleiteten Ergebnissen jedoch mathematische Fehler enthalten sind. L. Mathiessen (1973), E. Lundberg (1957), E. Nowotny (1980). Für eine Analyse der Zusammenhänge von progressiver Besteuerung und Inflationseffekten in bezug auf verschiedene Formen einer Indexbindung siehe D. Bös (1974).
- 4 Es sei darauf hingewiesen, daß entsprechende Probleme nicht nur hinsichtlich der oben speziell diskutierten Lohnentwicklung, sondern auch hinsichtlich der Entwicklung der Netto-Realgewinne, bzw. Realzinssätze bestehen (Nowotny, 1980).
- 5 Wie dies z. B. weitgehend der Fall ist in der – mit Recht – bekannten Studie von Streißler, Beinsen, Schleicher, Suppanz (1976).
- 6 Zu diesen Preis-Steuer-Lohn-Mechanismen ist noch die außenwirtschaftliche Problematik hinzuzurechnen, die sich bei inflationären Entwicklungen (u. U. aber auch bei realem Wachstumsvorsprung) in einer Verschlechterung der Zahlungsbilanz niederschlagen kann. Das „klassische“ Instrument der Abwertung könnte in einer solchen Situation via Import-Preis-Erhöhlungen aber wiederum den „Preis-Steuer-Lohn-Multiplikator“ in Bewegung setzen und damit die erhofften Vorteile einer Abwertung weitgehend wettmachen, bzw. u. U. bei „destabilisierendem Anpassungsverhalten“ sogar überkompensieren.

- 7 Vgl. etwa die Konzeption temporärer Einkommensteuer-Erhöhlungen als einem Mittel der Inflationsbekämpfung, wie sie im deutschen „Stabilitäts-Gesetz“ enthalten ist. Nach den Überlegungen dieses Beitrages wäre von einer solchen Konzeption dagegen u. U. sogar eine entgegengesetzte, d. h. inflationsfördernde, Wirkung zu erwarten.
- 8 Zum empirischen Nachweis für Österreich siehe die Beiträge von H. Walther und E. Nowotny, in Nowotny (1978).
- 9 Man denke als deutlichsten Niederschlag etwa an den „Big Bargain“, als ein (informeller) Zusammenhang zwischen Lohnsteuer-Senkung und dadurch „ermöglichten“ niedrigeren Bruttolohn-Forderungen geschaffen wurde.
- 10 Die allokativen und distributiven Effekte der beiden Maßnahmen können freilich im einzelnen sehr unterschiedlich sein, da eine Lohnsteuersenkung – im Gegensatz zu einer generellen Lohnsubvention – für die niedrigsten Einkommen, die keine Steuerpflicht trifft, keine Entlastungswirkung bedeutet. Es ist weiters zu beachten, daß der Effekt der „Lohnsubvention“ nicht in einer Gewinnerhöhung bestehen soll, sondern unter Annahme einer entsprechenden „Überwälzung“ in verringerten Preissteigerungs-raten.
- 11 Eine solche Tendenz dürfte sich in Österreich etwa bei der unter Minister Schmitz eingeführten Indexierungs-Regelung für die Bezüge der Bundesbediensteten ergeben haben. Jedenfalls wurde diese Regelung später nicht mehr weitergeführt.

Literatur

- Bös, Dieter, Indexbindung von Einkommen und progressive Besteuerung, Z. f. National-ökonomie, Bd. 34, 1974, S. 145–172.
- Giersch, Herbert, Index Clauses and the Fight against Inflation, in: Essays on Inflation and Indexation. Edited by the American Institute for Public Policy Research; Washington, D. C., 1974, 1–23.
- Kitzmantel, Edith, Steuern – Wer sie zahlt, wer sie trägt, Wien 1979.
- Lundberg, Erik, Business Cycles and Economic Policy, Cambridge (Mass.): Harvard University Press, 1957 (Swedish Edition 1953).
- Mathiessen, Lars, Index-Tied Income Taxes and Economic Policy, Swedish J. Econ., March 1973, 75 (1), 49–66.
- Meade, James E. (Chairman). The structure and reform of direct taxation. London: The Institute for Fiscal Studies, George Allen & Unwin Ltd., 1978.
- Mieszkowski, Peter, Tax Incidence Theory: The Effects of Taxes on the Distribution of Income, J. Econ. Lit., December 1969, 7 (4), pp. 1103–24.
- Musgrave, Richard A., Taxation, Inflation and Growth, in: Inflation, trade and taxes. Edited by David A. Belsley et al. Columbus: Ohio State University Press, 1976, pp. 181–93.
- Musgrave, Richard A. Fiscal Policy and Stagflation: The U. S. Experience in: Wirtschaftswissenschaft als Grundlage staatlichen Handelns. Edited by P. Bohley and G. Tolke-mitt. Tübingen: J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), 1979, pp. 47–60.
- Nowotny, Ewald, Finanzwissenschaftliche Entwicklungen im Bereich der Einkommensbesteuerung, Institut für Finanzwissenschaft und Steuerrecht, Gelbe Briefe Nr. 109, Wien 1979.

- Nowotny, Ewald, Inflation and Taxation: A Survey of Macroeconomic Issues, erscheint in Journal of Economic Literature, Sept. 1980.
- Nowotny, Ewald, Studien zur Wettbewerbsintensität in der österreichischen Wirtschaft, Wien 1977.
- OECD. The Adjustment of Personal Income Tax systems for inflation. A Report by the Committee on Fiscal Affairs. Paris: OECD, 1976.
- Petersen, H. G., Personelle Einkommensbesteuerung und Inflation. Frankfurt 1977.
- Recktenwald, Horst C., Tax Incidence and Income Redistribution. An Introduction. Detroit 1971.
- Streißler, Erich; Beinsen Lutz; Schleicher Stefan; Suppanz Hannes. Zur Relativierung des Zieles der Geldwertstabilität, Göttingen 1976.

Anhang*

Wenn wir annehmen, daß sich die Preise durch prozentuelle Zuschläge zu den Lohnstückkosten bilden, so besteht zwischen Preissteigerungsrate p , Bruttolohnsteigerungsrate l und Produktivitätsfortschrittsrate q die bekannte Beziehung

$$(1) \quad p_t = l_t - q_t$$

Existiert ein progressives Steuersystem, so wird die definitorische Beziehung zwischen Bruttolohnzuwachsrate l , Nettoealohnzuwachsrate l_n und Preissteigerungsrate p durch den Progressionsgrad des Steuersystems modifiziert (siehe auch Text, Abschnitt (2)):

$$(2) \quad l_t = \frac{(1 - t_l)}{(1 - t_m)} (l_n^r + p_t)$$

Der Progressionsgrad des Steuersystems kann durch den Koeffizienten

$$(3) \quad m = \frac{(1 - t_l)}{(1 - t_m)}$$

ausgedrückt werden, wobei t_l (wie im Text, Abschnitt (2)) den durchschnittlichen, t_m den marginalen Steuersatz bezeichnet. Interessant wird Gleichung (2), wenn wir sie mit Hilfe bestimmter Hypothesen über das gewerkschaftliche Lohnforderungsverhalten in eine Verhaltensgleichung verwandeln: Wir nehmen an, daß die Gewerkschaften einen konstanten Nettoealohnzuwachs von β Prozent fordern (was sicherlich eine zu „mechanische“ Annahme ist). Um die daraus resultierenden Bruttolohnforderungen zu berechnen, müssen die Gewerkschaften von bestimmten Erwartungen bezüglich der zukünftigen Preisentwicklung

* Ausgearbeitet von H. Walther, Institut für Finanzwissenschaft, Univ. Linz

ausgehen. Wir nehmen der Einfachheit halber an, daß sich die erwartete Inflationsrate p_t^e an der Inflationsrate der Vorperiode orientiert, also

$$(4) \quad p_t^e = h \cdot p_{t-1}$$

wobei der Parameter h die „Trägheit“ der Erwartungsbildung in einfacher Weise zum Ausdruck bringt: je geringer h , desto schwächer reagieren die Inflationserwartungen auf Änderungen der Inflationsrate.

Damit der gewünschte Nettoealohnzuwachs in der Höhe von β Prozent auch verwirklicht werden kann, müssen die Gewerkschaften daher eine Bruttonominallohnzuwachsrate in der Höhe von

$$(5) \quad \bar{l}_t = m \cdot (\beta + h \cdot p_{t-1})$$

fordern. Wenn wir von der (nicht unplausiblen) Annahme ausgehen, daß aufgestellte Forderungen in den Tarifabschlüssen nicht immer verwirklicht werden können, wird im allgemeinen die tatsächliche Bruttonominallohnsteigerung l_t geringer sein als die geforderte, also

$$(6) \quad l_t = k \cdot \bar{l}_t$$

wobei k (der „Durchsetzungsparameter“) zwischen Null und Eins liegen kann.

Substituiert man nun Gleichung (5) in Gleichung (6) und sodann in Gleichung (1), so erhält man

$$(7) \quad p_t = k \cdot m \cdot (\beta + h \cdot p_{t-1}) - q_t$$

Gleichung (7) ist eine Differenzengleichung erster Ordnung. Löst man sie auf, so erhält man für den Zeitpfad der Inflationsraten

$$p_t = (p_0 - \frac{k \cdot m \cdot \beta - q}{1 - k \cdot m \cdot h}) (k \cdot m \cdot h)^t + \frac{k \cdot m \cdot \beta - q}{1 - k \cdot m \cdot h}$$

Die Beziehung (8) zeigt, daß ein höherer Progressionsgrad m des Lohnsteuersystems nicht nur die Institutionell bestimmte langfristige Basisinflationsrate anhebt,

$$\bar{p} = \frac{k \cdot m \cdot \beta - q}{1 - k \cdot m \cdot h}$$

sondern auch das Lohn-Preis-System tendenziell instabiler wird. Generell läßt sich sagen, daß eine aggressivere Lohnpolitik (ein höheres k), eine schnellere Anpassung der Inflationserwartungen (ein höheres h) und eine stark progressive Lohnsteuer in Richtung einer Destabilisierung des Lohn-Preis-Systems wirken. In Tabelle 1 ist der Inflationsspfad, den das System bei Auftreten eines exogenen Inflationsschocks in der Höhe von 5 Prozentpunkten einschlägt, anhand eines einfachen Zahlenbeispiels für ein proportionales (Spalte (1)) und ein progressives Steuersystem (Spalte (2)) dargestellt.

Wie man sieht, ist bereits die Ausgangsinflationsrate (vor Eintreten des „Inflationsschocks“) im Falle eines progressiven Systems höher (in unserem Zahlenbeispiel beträgt sie 1 Prozent). Darüber hinaus sind nicht nur die inflationären Folgeerscheinungen des Ausgangsschocks heftiger, auch die Rückkehr zur Basisinflation fällt deutlich schwerer.

Ein weiteres Problem verdient in diesem Zusammenhang Beachtung: Der Koeffizient m wird im Zeitablauf bestimmten charakteristischen Schwankungen unterworfen sein, weil sich die gesamtwirtschaftliche Aufkommenselastizität bei konstantem nominellen Steuertarif ändern wird, je mehr Arbeitnehmer in höhere Progressionsstufen hineinwachsen. Aber unsere Darstellung reicht aus, den „Grundmechanismus“ klar werden zu lassen.

Tabelle 1

Parameterkonstellation für das proportionale Einkommenssteuersystem (Spalte (1))

$$k = 0,8 \quad m = 1, \quad \beta = 0,025, \quad q = 0,02, \quad h = 0,5, \quad P_0 = 0,05$$

Parameterkonstellation für das progressive Steuersystem (Spalte (2))

$$k = 0,8, \quad m = 1,5, \quad \beta = 0,025, \quad q = 0,02, \quad h = 0,5, \quad P_0 = 0,06$$

Zeit	Inflationsspfad	
	(1)	(2)
•	0,00	0,01
0	0,05	0,06
1	0,02	0,04
2	0,008	0,028
3	0,0032	0,021
•	•	•
	0,00	0,01